

Stand: 09.05.2024 14:06:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10408

"Verschwörungsmychen dekonstruieren und entgegenreten - Maßnahmenprogramm auf Landesebene"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10408 vom 08.10.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/12562 des VF vom 26.01.2021
3. Beschluss des Plenums 18/13413 vom 09.02.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 09.02.2021



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Verschwörungsmythen dekonstruieren und entgegentreten – Maßnahmenprogramm auf Landesebene

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Verschwörungsmythen haben in letzter Zeit stark an Zulauf gewonnen. Gerade in der Coronakrise ist die Empfänglichkeit vieler Bürgerinnen und Bürger für verschwörungs-ideologische Erzählungen noch einmal deutlich gestiegen. Dabei sind Verschwörungsmythen nichts Neues, nur verbreiten sie sich durch das Internet heutzutage viel schneller und sind in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähiger geworden. Gegen die Verbreitung von kruden Verschwörungsideologien und die Gefahr einer Querfront aus verschwörungsideologischen und rechtsextremen Akteuren brauchen wir eine nachhaltige Strategie, welche die Vernetzungen der verschiedenen Akteure offenlegt und sachliche zivilgesellschaftliche Aufklärungsarbeit und Präventivangebote stärkt.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, aktiv gegen die Verbreitung von demokratiefeindlichen, antisemitischen und rassistischen Verschwörungsmythen vorzugehen.

Dabei geht es insbesondere um folgende Maßnahmen:

- Die Stärkung und den Ausbau von zivilgesellschaftlicher Aufklärungsarbeit und von Präventionsprojekten gegen die Verbreitung von demokratiefeindlichen, rassistischen, antisemitischen und frauenfeindlichen Verschwörungsmythen
- Ein Demokratieförderprogramm des Freistaates zur Bekämpfung von Verschwörungsmythen, Antisemitismus und Rassismus
- Die Förderung und Initiierung von Forschungsprojekten über die Verbreitung und die Inhalte von Verschwörungsideologien in Online-Communities sowie über neue Formen der Online-Radikalisierung und zu neuen Täterbiografien von (rechtsextremen) Terroristen und Gewalttätern
- Ein Ausbau der Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene zu Rechtsextremismus, Reichsbürgerideologie und die demokratiefeindlichen Elemente von Verschwörungsmythen in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung,
- Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen durch einen „Internetführerschein“ und die Einführung eines Schulfachs Medienkompetenz
- Stärkung der Resilienz von Bürgerinnen und Bürgern, die in ihrem direkten Umfeld mit Verschwörungsmythen konfrontiert werden, durch das Aufzeigen von Handlungs- und Argumentationsmöglichkeiten durch zusätzliche fachspezifische Informations- und Beratungsangebote der Landeszentrale für politische Bildung, des bayerischen Volkshochschulverbandes und des Bayerischen Jugendrings

- Fort- und Weiterbildungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden über Inhalte, Codes und Wirkungsweisen von Verschwörungsideologien
- Eine Strategie zur Radikalisierungsprävention mit dem Schwerpunkt auf Verschwörungserzählungen und die gezielte Verbreitung von Desinformationen
- Ausbau der Beratungs- und Hilfsangebote insbesondere für Familienangehörige, Partnerinnen und Partner, Freundinnen und Freunde sowie Kolleginnen und Kollegen von Personen, die dabei sind in verschwörungsideologische Milieus abzurutschen
- Verschwörungsideologien, die Hetze verbreiten, indem sie Schuldzuschreibungen für die Corona-Pandemie konstruieren, durch eine gezielte Zusammenarbeit von Akteuren der politischen Bildung, der sozialen Arbeit und der Gesundheitsprävention entgegenzutreten
- Der Gefahr einer Radikalisierung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen durch eine verstärkte Aufklärung über Ursachen und Folgen der Verbreitung des COVID-19-Virus, sowie eine transparente und faktenbasierte Kommunikation über die Entscheidungsgrundlagen für die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, zu begegnen.

Begründung:

Gesellschaftliche Krisen und unsichere Zeiten erleichtern die Verbreitung von „Fake News“ und Verschwörungsideologien. Dies zeigt sich auch bei den zahlreichen Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen und durch die rasante Verbreitung von Falschnachrichten im Internet. Unterschiedliche Akteure und Gruppierungen nutzen den Ausnahmezustand, um gezielt Verschwörungsideologen und Falschinformationen vor allem durch soziale Medien zu verbreiten. Seit Ende März finden in zahlreichen Städten Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie statt. Bei den Demonstrationen versammelt sich ein sehr heterogenes Spektrum an Akteuren. Neben Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Bürgerrechte in Gefahr sehen, bildet sich auch eine neue Art von „Querfront“, bestehend aus Verschwörungstheoretikerinnen und -theoretikern, bekannten Rechtsextremen und Rechtspopulistinnen und -populisten, Reichsbürgerinnen und -bürgern sowie Selbstverwalterinnen und -verwaltern, radikalen Impfgegnerinnen und -gegnern und Angehörigen der esoterischen Szene. Sie eint der Glaube, es gäbe eine politisch motivierte Verschwörung hinter der Corona-Pandemie.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen versuchen gezielt, mittels Verschwörungsideologien die Krise zu instrumentalisieren und sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Durch Schuldzuweisungen für die Pandemie spalten sie die Gesellschaft und verbreiten Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierungen sowie andere Formen von Menschenhass. Sie hetzen gegen einzelne Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Journalistinnen und Journalisten sowie Akteure der Zivilgesellschaft und versuchen so die Demokratie zu schwächen und ihre Anhängerschaft zu vergrößern. Die Ereignisse in Berlin während der sog. „Erstürmung des Reichstags“ zeigen, welche gefährliche Dynamik diese Entwicklung annehmen kann.

In der Bewegung sind Verschwörungsideologien über die Entstehung des COVID-19-Virus weit verbreitet. So soll z. B. der Microsoft-Gründer Bill Gates das Virus finanziert haben, um einen bereits vorhandenen Impfstoff global vermarkten zu können. Auch der jüdische US-Milliardär Georg Soros und der Staat Israel werden gerne als Urheber des Virus beschuldigt. Solche Narrative einer geheimen „Weltverschwörung“ mit einem allmächtigen Strippenzieher sind traditionell ein zentrales Motiv antisemitischer Verschwörungstheorien. Rassistischen und antisemitischen Schuldzuweisungen für die Corona-Pandemie muss entschieden begegnet werden.

Gegen ausgrenzende Verschwörungstheorien müssen wir unabhängige Monitoringprojekte und die zivilgesellschaftliche Aufklärungsarbeit stärken. Wir wollen zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen zur Stärkung der Demokratie und gegen Rassismus, Antisemitismus, Verschwörungsmythen und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit einem Demokratieförderprogramm besser unterstützen und dauerhaft finanzieren.

Vor dem Hintergrund der schrecklichen Attentate in Halle und Hanau brauchen wir außerdem dringend mehr Forschungsprojekte und wissenschaftliche Erkenntnisse zu neuen Formen der Online-Radikalisierung. Die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit zu den antidemokratischen Dimensionen aktueller Verschwörungsmythen muss auf allen Ebene verstärkt werden. Durch eine evidenzbasierte und transparent begründete Politik sowie eine verstärkte Aufklärung über Ursachen und Folgen der Corona-Pandemie muss einer drohenden Spaltung der Gesellschaft und der Gefahr einer Radikalisierung der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen begegnet werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/10408

**Verschwörungsmythen dekonstruieren und entgegentreten - Maßnahmenpro-
gramm auf Landesebene**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin:
Mitberichterstatter:

Gülseren Demirel
Dr. Hubert Faltermeier

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 26. November 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 26. Januar 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/10408, 18/12562

Verschwörungsmythen dekonstruieren und entgegentreten – Maßnahmenprogramm auf Landesebene

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich frage den fraktionslosen Abgeordneten Plenk, ob und welchem Fraktionsvotum er sich anschließen will. – Er enthält sich. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

- Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Psychische Gesundheit bei Pflegekräften stärken II - Präventionsstrategie Bayern
 Drs. 18/8924, 18/11682 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

- Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Queere Geflüchtete schützen!
 Drs. 18/9009, 18/12408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

13. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u.a. SPD
Integration in Bayern VII: Gesellschaftliche und politische Partizipation
hier: Integrationsbericht erstellen und veröffentlichen
Drs. 18/10397, 18/11660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

14. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. SPD
Integration in Bayern VIII: Antidiskriminierung und Antirassismus
hier: Bestellung einer oder eines unabhängigen Bayerischen
Beauftragten für Vielfalt und gegen Rassismus und Schaffung einer
unabhängigen Landesstelle für antirassistische Arbeit in Bayern
Drs. 18/10398, 18/11661 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verschwörungsmythen dekonstruieren und entgegentreten - Maßnahmenprogramm auf Landesebene
Drs. 18/10408, 18/12562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt I - Bestandsaufnahme und Analyse zu Rassismus und Rechtsextremismus in Bayern
Drs. 18/10431, 18/12428 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt II - Unabhängige Beratungsangebote für die Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bayernweit ausbauen
Drs. 18/10432, 18/12563 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt III - Einrichtung einer Recherche- und Monitoringstelle Rechtsextremismus und Rassismus in Bayern
Drs. 18/10433, 18/12564 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz des Streuobstes ernst nehmen
Drs. 18/10778, 18/12319 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Recycling statt Rohstoffverschwendung - Förderung einer Forschungsplattform für EDF-Technologie prüfen
Drs. 18/10782, 18/12547 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

30. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Helmut Markwort, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Europäische Kommission verkleinern - EU-Verträge einhalten
Drs. 18/10853, 18/12381 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

31. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Helmut Markwort, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
München als Europäische Hauptstadt des Geistigen Eigentums stärken
Drs. 18/10854, 18/12409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

32. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Direkte und indirekte Auswirkungen von Windkraftanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen
Drs. 18/10855, 18/12718 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Arbeitsplätze in der bayerischen Automobil- und Zulieferindustrie erhalten – Einseitige Förderung der Elektromobilität einstellen
Drs. 18/10856, 18/12365 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

34. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Klingen, Markus Bayerbach u.a. AfD
Trennscheiben statt Maskenpflicht in Schulen
Drs. 18/10861, 18/12359 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

35. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber, Matthias Enghuber u.a. CSU
Verbot von Kinder-Sexpuppen
Drs. 18/10864, 18/12532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,
Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhebung und Dynamisierung der Minijob-Grenze
Drs. 18/10884, 18/12445 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☐	☐	☐

37. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Katrln Ebner-Steiner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Rote Hilfe e. V. verbieten
Drs. 18/10907, 18/12425 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

38. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Katrln Ebner-Steiner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Politisch motivierte Straftaten richtig zuordnen
Drs. 18/10910, 18/12426 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

39. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Katrln Ebner-Steiner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
§ 129a Abs. 1 Nr. 3 wieder in das Strafgesetzbuch aufnehmen -
linkem Terrorismus Einhalt gebieten
Drs. 18/10938, 18/12410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

40. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD
Arbeitnehmerschutz in der bayerischen Fleischindustrie vor Lobbyinteressen stellen – keine wertvolle Zeit bei der Umsetzung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes verlieren
Drs. 18/10940, 18/12442 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

41. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Harald Güller, Florian Ritter u.a. SPD
Substanzielle Erhöhung der Ballungsraumzulage des Freistaates Bayern im Jahr 2021
Drs. 18/10944, 18/12560 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

42. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures,
Florian von Brunn u.a. SPD
Gerade in Krisen-Zeiten: Öffentliche Sicherheit & Ordnung in
öffentlicher Hand – finanzielle Stärkung kommunaler Ordnungsdienste
Drs. 18/11029, 18/12536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	A

47. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Horst Arnold u.a. SPD
Tierschutz in Bayern Teil V - Bayern muss Vorreiter bei den Alternativen zu Tierversuchen werden
Drs. 18/11178, 18/12321 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Kein Platz für islamistischen Extremismus, keine Toleranz gegenüber Intoleranz - Bayerisches Maßnahmenpaket gegen islamistischen Extremismus konsequent weiterentwickeln
Drs. 18/11195, 18/12411 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☒	☐	☐

49. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EEG 2021 – Die Zukunft der Erneuerbaren Energien sichern
Drs. 18/11196, 18/12366 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

50. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen -
Islam in Bayern Grenzen aufzeigen
Drs. 18/11198, 18/12415 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Helmut Kaltenhauser u.a. und Fraktion (FDP)
Corona-Nothilfe auf die Straße bringen - Novemberhilfe
praxisnah ausgestalten
Drs. 18/11200, 18/12367 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	ENTH	Z

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU) Anerkennung des sog. Gruber Modells zur Leckageerkennung beim Bau von Gülletiefbehältern
Drs. 18/11201, 18/12436 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒ ENTH	☐	☐	☐	☐

53. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Kampf gegen Islamismus entschieden vorantreiben
Drs. 18/11220, 18/12416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	A	Z

54. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Stefan Schuster u.a. und Fraktion (SPD)
Entschlossen und konsequent gegen islamistischen Extremismus und Terror! Demokratie und Rechtsstaat verteidigen und schützen!
Drs. 18/11221, 18/12417 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

55. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dem islamistischen Terrorismus entschlossen entgegenzutreten -
gemeinsam für Freiheit und Demokratie!
Drs. 18/11222, 18/12418 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

56. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Zertifizierungen im Forstbereich als Fördervoraussetzung
für die Waldprämie des Bundes unbürokratisch für alle
Waldbesitzer ermöglichen
Drs. 18/11226, 18/12437 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐ ENTH	☐	☐	☒	☐

- | | | | | | |
|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| CSU | GRÜ | FREIE
WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
| ☐ | ☒ | ☐ | ☐ | ☒ | ☒ |

- | CSU | GRÜ | FREIE
WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|-----|-----|-----------------|-----|-----|------|
| A | Z | A | A | Z | ENTH |

- | CSU | GRÜ | FREIE
WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| ☐ | ☐ | ☐ | ☒ | ☐ | ☐ |

- | CSU | GRÜ | FREIE
WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☐ | ☒ | ☒ |

71. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Horst Arnold u.a. SPD
TU Nürnberg auf dem Prüfstand: Umsetzung der Empfehlung des Wissenschaftsrates
Drs. 18/11446, 18/12559 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

72. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Aufrüsten gegen die Hitze: Klima-Resilienz der bayerischen Kommunen aktiv herstellen!
Drs. 18/11457, 18/12549 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

73. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Wassermanagement zukunftsfähig gestalten, für ein integratives Gesamtkonzept der Wassernutzung und Erhaltung
Drs. 18/11472, 18/12324 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

74. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Repressionen in Belarus beenden
Drs. 18/11544, 18/12387 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

75. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Taşdelen u.a. SPD
Europäische Werte schützen. Orbán stoppen. LGBTIQ*-Rechte in Ungarn wiederherstellen
Drs. 18/11545, 18/12386 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

76. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europäische Milliarden in Bayern zukunftsorientiert investieren: Klimaschutz ernst nehmen!
Drs. 18/11625, 18/12719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

77. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch u.a. SPD
Kitas am Limit - systemrelevantes Berufsfeld in der Krise unterstützen!
Drs. 18/11663, 18/12539 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐ ENTH	☐	☐	☒	☐ ENTH